

Schulentwicklungsplanung oder reines Reagieren?

Dienstag, 7. November 2017

Ratsfrau Gisela Ohnesorge (DIE LINKE.), zur Ratssitzung am 07.11.2017 zum Tagesordnungspunkt 17:

Es gilt das gesprochene Wort.

Nun liegt uns ein erster Teil einer Schulentwicklungsplanung vor, der aber letztlich im Wesentlichen eine Reaktion auf dringend notwendige Erfordernisse darstellt. Sinn einer Schulentwicklungsplanung sehen wir darin, dass nicht kurzfristig reagiert werden muss, sondern langfristig untersucht wird, welche Entwicklungen sich im Schulbereich abzeichnen werden. Nur so kann man planen und agieren und muss nicht immer wieder nur reagieren. Der Wunsch der Eltern, ihr Kind am Gymnasium beschulen zu lassen, scheint ungebrochen. Diese Entwicklung haben wir seit vielen Jahren. Ein höherer Bedarf an Räumen wird prognostiziert, wobei auch die Rückkehr zum G 9 eine Rolle spielt sowie der Wegfall der Schullaufbahnpflichtung.

Wie sieht die Reaktion der Verwaltung aus?

Das Erstellen oder Aufstellen von zusätzlichen Raumeinheiten, zum Teil in der mobilen Form, nennen wir es Container oder Pavillon, soll Abhilfe schaffen. Wir nehmen den Elternwunsch durchaus ernst. Wir wollen, dass die Kinder auf die Schule kommen, die von ihnen ausgewählt wurde. Aber angesichts der Schülerzahlen an den Gymnasien sollte man auch die Frage stellen, wie viele Schüler von auswärts können wir bewältigen? Wir haben im Vorfeld der Ratssitzung noch eine Reihe von Fragen an die Verwaltung gestellt. Diese wurden von der Verwaltung sehr umfangreich beantwortet. Dazu erst einmal vielen Dank. Kurzfristig wurde uns heute auch noch die genaue Zahl der auswärtigen SchülerInnen genannt. Auch dafür noch einmal danke. 1992 Kinder von 7.992 SchülerInnen an den Gymnasien in Braunschweig kommen aus den umliegenden Gemeinden. 24,4 %, d.h. jeder vierte Schüler kommt nicht aus Braunschweig. Nun will ich hier keiner Kirchturmspolitik das Wort reden. Aber wenn bei den Gesamtschulen argumentiert wird, dass sie sich nach Außen nicht öffnen können, weil es nicht genügend Plätze gibt, dann gilt dies angesichts der obigen Zahlen ja wohl in gleicher Weise für die Gymnasien in Braunschweig.

Was die Frage der Gesamtschulplätze angeht, ist die Reaktion der Verwaltung sowieso sehr viel verhaltener:

Von Prüfung ist hier die Rede und von verschiedenen Optionen wie Kapazitätserweiterung an bestehenden Gesamtschulen oder Umwandlung einer Haupt- oder Realschule. Was kategorisch ausgeschlossen wird, ist die Umwandlung eines Gymnasiums, weil hier aufgrund der hohen Nachfrage Kapazitätsprobleme auftauchen. Aber die hohe Nachfrage speist sich eben auch aus den umliegenden Gemeinden. Man muss die Situation der einzelnen Schulformen im Zusammenhang aller sehen. Mehr IGS-Plätze heißt möglicherweise auch, weniger Nachfrage an den Gymnasien. Das hat sich in der Vergangenheit gezeigt. Im Umfeld vorhandener Gesamtschulen steigt auch die Zahl der Kinder, deren Eltern eine Beschulung an einer IGS wünschen. Und was passiert in den Gymnasien bis zur 7.Klasse? Aufnahmezahlen sind nicht identisch mit den Durchlaufzahlen, denn an den Gymnasien gibt es viele sogenannte Abschlüsse. Wir sind der Meinung, dass nach wie vor in der Frage einer weiteren IGS auf Zeit gespielt wird. Leider wird auch von den Vertretern der Gesamtschulidee hier auf die Bremse getreten: Beim Hauruckverfahren würde man die pädagogische Idee der Gesamtschule nicht berücksichtigen und letztlich alle Gesamtschule in Misskredit bringen. Das ist vielleicht eine verständliche Angst. Natürlich soll und darf Gesamtschule nicht als Schulform gehandelt werden, in der die nicht so Begabten ein Abitur erhalten können. Richtig ist: Gesamtschule ermöglicht auch Kindern mit nicht so guten Startbedingungen, gute Bildung und einen guten Abschluss zu erreichen. Aber auch die Kinder mit guten Startbedingungen sind hier richtig. Lernen in heterogenen Gruppen nützt letztlich allen. Keiner traut sich mehr zu sagen, dass Deutschland nach wie vor ein hoch selektives Schulsystem hat. Zu schnell wird dann der Verwurf der Ideologie laut. Wer jeweils Ideologie vertritt, ist hier die Frage. Im Zweifelsfall natürlich immer der andere, der Kontrahent, der, der eine andere Meinung vertritt. Dass bestimmte Bevölkerungsschichten an den Gymnasien und an den Unis unterrepräsentiert sind, ist keine Ideologie, sondern traurige Realität. Und eine solche Realität sollten und können wir uns überhaupt nicht leisten. Den in der Vorlage genannten Lösungsansätzen muss man angesichts der momentanen Lage zustimmen, denn es muss Unterricht unter vernünftigen Bedingungen stattfinden. Aber wir wollen nicht, dass jedes Jahr wieder rund 200 Kinder, die auf eine IGS wollen, abgewiesen werden, weil es nicht genügend Plätze gibt. Die fünfte IGS startet nächstes Schuljahr bereits ihre Oberstufe. Damit könnte eine sechste IGS im Schuljahr 2019/20 an den Start gehen. Die Planungen aber müssen jetzt bald anlaufen, es soll ja eben kein Hauruckverfahren werden. Deshalb auch unser Antrag, dass „sehr zeitnah“ alle Möglichkeiten zur Erweiterung der Platzkapazitäten geprüft werden müssen. Uns ist völlig unverständlich, weshalb man diesen Antrag im Schulausschuss abgelehnt hat. Er bringe nichts Neues, das alles werde die Verwaltung so schon machen, kam als Gegenargument. Wenn das so ist, dann kann man dem Antrag auch zustimmen. Damit kann deutlich unterstrichen werden, dass der Rat eine weitere IGS in Braunschweig befürwortet, weil er Elternwillen ernst nimmt. Im schlimmsten Fall ist der Antrag überflüssig, weil alles schon richtig läuft.